DIRK LOOSCHELDERS (Dekan)

Situation und Perspektiven der Juristischen Fakultät

Bestandsaufnahme

Die Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf wurde im Wintersemester 1994/1995 gegründet und ist damit die jüngste der fünf Fakultäten.¹ Sie verfügt derzeit über 15 Professorinnen und Professoren und circa 1.400 Studierende des grundständigen Studiengangs Rechtswissenschaft sowie circa 70 postgraduierte Studierende pro Jahr in den Masterstudiengängen Informationsrecht, Medizinrecht und Gewerblicher Rechtsschutz. Eine W1-Professur für Amerikanisches Recht befindet sich im Besetzungsverfahren.

Gesetzliche Vorgaben und eigene Profilbildung

Die Struktur der Fakultät wird weitgehend durch den gesetzlich vorgegebenen Fächerkanon für die von den Justizprüfungsämtern bei den Oberlandesgerichten abgenommene Pflichtfachprüfung bestimmt, die 70 Prozent der Ersten Prüfung ausmacht. Die verbleibenden Spielräume werden von der Fakultät seit ihrer Gründung zu einer klaren und konsequenten Schwerpunktbildung in den Bereichen „Wirtschaftsrecht“ (privates Wirtschaftsrecht, Wirtschaftsverwaltungsrecht und Wirtschaftsstrafrecht) sowie „Internationales und Europäisches Recht“ genutzt. Diese Ausrichtung entspricht der Bedeutung der Zukunftsregion Düsseldorf als herausragendem Wirtschaftsstandort mit zahlreichen international tätigen Unternehmen und Anwaltssozietäten sowie als bedeutendem Gerichtsstandort mit Sonderzuständigkeiten im Patentrecht und im Kartellrecht. Die beiden letztgenannten Bereiche werden von Seiten der Fakultät durch das Zentrum für Gewerblichen Rechtsschutz und den Lehrstuhl für Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht, insbesondere Kartellrecht flankiert. Große Bedeutung haben in diesem Zusammenhang aber auch das Institut für Unternehmensrecht, das Zentrum für Informationsrecht sowie der Lehrstuhl für Unternehmenssteuerrecht. In nächster Zeit soll außerdem noch das Institut für Versicherungsrecht mit Unterstützung der Versicherungswirtschaft weiter ausgebaut werden.²

Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts ist das renommierte Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung hervorzuheben, das in Kooperation mit der Philosophischen Fakultät betrieben wird. Darüber hinaus arbeitet die Juristische Fakultät eng mit dem interdisziplinär ausgerichteten Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (DIAS) zusammen.³ Im

¹ Zur Geschichte der Fakultät: Schlehofer (2005: 397ff.).

² Zur Gründung des Instituts: Looschelders und Michael (2007: 437ff.).

³ Zum DIAS: Lorz und Winkler (2007: 505ff.).

Steuerrecht existiert eine fruchtbare Kooperation zwischen dem Lehrstuhl für Unternehmenssteuerrecht und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Die Verbindung zur Medizin wird durch das Dr. med. Micheline Radzyner-Institut für Rechtsfragen der Medizin hergestellt, das sich in neuerer Zeit verstärkt mit den durch die aktuellen Biotechnologien aufgeworfenen Rechtsfragen beschäftigt.⁴ Im Bereich „Language and Law“ findet eine Kooperation mit der Philosophischen Fakultät statt, die in Zukunft ausgebaut werden soll.

Ein besonderes Merkmal der Juristischen Fakultät ist ihre enge Vernetzung mit der örtlichen Rechtspraxis. In institutioneller Hinsicht wird diese Vernetzung durch den Beirat der Fakultät repräsentiert, der mit herausragenden Vertretern unter anderem aus der Justiz, der Anwaltschaft und der Wirtschaft besetzt ist. In der Lehre wird der Praxisbezug durch die Honorarprofessoren der Fakultät sowie eine große Zahl von Lehrbeauftragten gewährleistet. Für die Zukunft ist eine Ausweitung der anwaltsorientierten Ausbildung geplant. Im Gewerblichen Rechtsschutz, im Unternehmensrecht, im Informationsrecht, im Arbeitsrecht und im Medizinrecht finden regelmäßige Vortragsveranstaltungen, Foren und Workshops statt, die dem Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis dienen. Entsprechende Veranstaltungen sind künftig auch für den Bereich des Versicherungsrechts vorgesehen. Die Verbindung zur örtlichen Rechtspraxis wird zudem durch die drei Weiterbildungsstudiengänge wirksam gefördert. Diese Studiengänge wenden sich nämlich an Hochschulabsolventen aus dem Bereich der Rechtswissenschaft und sind von einem besonders hohen Maß an Praxisbezug geprägt.

Einen wichtigen Baustein der Profilierung bildet in diesem Zusammenhang die Düsseldorf Law School (DLS), die die von den einzelnen Instituten und Zentren getragenen Weiterbildungsstudiengänge bündelt und zusätzliche Ausbildungsangebote entwickelt.⁵ So hat die DLS im August 2008 zum vierten Mal die englischsprachige Summer School on European Business Law durchgeführt, die in Zusammenarbeit mit dem Interdisciplinary Center of Herzliya (Israel) und der Universität Tilburg (Niederlande) sowie mehreren renommierten Anwaltskanzleien stattfindet. Die 68 Teilnehmer aus 18 Nationen stellen einen Zuwachs von 18 Personen und zehn Nationen gegenüber dem Vorjahr dar. Die Veranstaltung trägt damit maßgeblich zur weiteren Schärfung des internationalen Profils der Fakultät bei.

Lehre

Die Juristische Fakultät hat in den noch nicht einmal 15 Jahren ihres Bestehens eine beachtliche Reputation erlangt. Im Bereich der Lehre gehört sie zu den herausragenden Standorten in Deutschland, was durch das CHE-Ranking von 2008 wieder eindrucksvoll bestätigt worden ist. Die Fakultät ist ständig darauf bedacht, das Lehrangebot auszubauen und zu verbessern. Im Vordergrund stehen dabei zurzeit die Ausweitung des propädeutischen Programms (insbesondere Einrichtung zusätzlicher Arbeitsgemeinschaften) sowie die Verbesserung des Examenrepetitoriums. Einen wachsenden Stellenwert hat die Ausbildung in ausländischer Rechtssprache und ausländischem Recht. Zu nennen sind insbesondere der integrierte deutsch-französische Studienkurs mit der Faculté de Droit der Université de Cergy-Pontoise (Frankreich),⁶ der durch die Deutsch-Französische Hoch-

⁴ Dazu Olzen (2007: 419).

⁵ Ausführlich zur Düsseldorf Law School: Dietlein (2007: 413ff.).

⁶ Dazu Feuerborn (2006: 379ff.).

schule gefördert wird. Dieser Studienkurs ermöglicht den Studierenden den Erwerb eines Doppelabschlusses im deutschen und französischen Recht. Großen Zuspruch findet seit langem das Begleitstudium im Angloamerikanischen Recht, das durch die Einrichtung einer W1-Professur im Amerikanischen Recht weiter verstärkt werden soll. Hinzu kommen Kurse unter anderem in der englischen, italienischen, spanischen, russischen und türkischen Rechtssprache.

Forschung

Eine exzellente wissenschaftliche Lehre ist ohne eine exzellente Forschung nicht denkbar. Dies gilt nicht zuletzt auch im Bereich der Rechtswissenschaft. Ein starker wissenschaftlicher Ausweis ist darüber hinaus aber auch eine unverzichtbare Voraussetzung für die Anerkennung der Fakultät in der Rechtspraxis und für die erfolgreiche Durchführung von Berufungs- oder Bleibeverhandlungen. Die Juristische Fakultät wird auch den damit verbundenen Anforderungen in hohem Maße gerecht. Auf allen in der Fakultät vertretenen Rechtsgebieten lassen sich zahlreiche Publikationen der Düsseldorfer Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer in anerkannten Zeitschriften, Handbüchern und Kommentaren nachweisen. In den für das Studium zentralen Bereichen des Zivilrechts, des Öffentlichen Rechts und des Strafrechts wurden zudem Lehrbücher verfasst, die bundesweit große Verbreitung gefunden haben. Einen wichtigen Beitrag zur Forschung leisten schließlich die Doktorandinnen und Doktoranden, deren Zahl seit der Gründung der Fakultät kontinuierlich zugenommen hat. So konnten im Jahr 2007 an der Juristischen Fakultät 36 Dissertationen abgeschlossen werden.

Perspektiven

Lehre

Wichtigstes Ziel der Fakultät bleibt die Sicherstellung und Weiterentwicklung einer exzellenten grundständigen Ausbildung, die von einer exzellenten Forschung getragen wird. Spezialisierungsmöglichkeiten bestehen im Hinblick auf den universitären Teil der Ersten Prüfung, wobei zwischen acht Schwerpunktbereichen gewählt werden kann. Die einzelnen Schwerpunktbereiche knüpfen überwiegend an die Pflichtfächer für den staatlichen Teil der Ersten Prüfung an; sie tragen gleichzeitig aber auch der besonderen Profilierung der Fakultät im Wirtschaftsrecht, im Internationalen und Europäischen Recht, im Recht der Politik und im Medizinrecht Rechnung und spiegeln damit in besonderer Weise die Einheit von Forschung und Lehre wider. Lohnenswert erscheint die Entwicklung eines integrierten Konzepts, das die Verbindungen zwischen den Schwerpunktbereichen und der Weiterbildung verstärkt.

Die weitere Entwicklung in der Lehre wird maßgeblich davon abhängen, ob die Umstellung auf das Bachelor- und Mastersystem in der Juristenausbildung verwirklicht wird. In der Politik wird eine solche Umstellung überwiegend befürwortet. Dies gilt namentlich für das Land Nordrhein-Westfalen.⁷ Die deutschen juristischen Fakultäten stehen der Übertragung des Bologna-Prozesses auf den Bereich der Rechtswissenschaft dagegen nach wie

⁷ Vgl. die Stellungnahme des Justizministeriums NRW zum Thema „Der Bologna-Prozess in der deutschen Juristenausbildung“, http://www.justiz.nrw.de/JM/justizpolitik/schwerpunkte/bologna_prozess/index.php (29.08.08),

vor kritisch gegenüber.⁸ So hat der 88. Deutsche Juristen-Fakultätentag vom 22. und 23. Mai 2008 die Ablehnung des Bologna-Prozesses für die Juristenausbildung bekräftigt.⁹ Die Sorge geht insbesondere dahin, ob es für Bachelorabsolventen überhaupt ausreichende Berufsfelder gibt. Darüber hinaus wird die Gefahr gesehen, dass die Umstellung auf das Bachelor- und Mastersystem zu einer Entkoppelung von universitärer juristischer Ausbildung und Zugang zu den reglementierten juristischen Berufen führen könnte.¹⁰ Das rechtswissenschaftliche Studium hat in Deutschland einen sehr hohen Standard, der den internationalen Vergleich nicht zu scheuen braucht. Diesen Standard dürfen die juristischen Fakultäten auch im Interesse eines funktionsfähigen Rechtssystems nicht aufgeben. Gewiss kann man nach derzeitigem Stand darüber klagen, dass zu viele Absolventen in die Anwaltschaft streben. Dieses Problem lässt sich durch eine Umstrukturierung des Studiums aber nicht lösen.¹¹ Davon abgesehen besteht in der Praxis ein steigender Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Juristinnen und Juristen, die der zunehmenden Europäisierung und Internationalisierung des Rechts gewachsen sind. Vor diesem Hintergrund erscheinen Bachelorstudiengänge nicht geeignet, die auf das Staatsexamen gerichtete juristische Ausbildung zu ersetzen; sie können aber ebenso wie spezifische Weiterbildungsstudiengänge eine sinnvolle Ergänzung des Ausbildungsangebots darstellen.¹² Wie auch immer die politischen Entscheidungen indes ausfallen werden – die Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität ist für den zu erwartenden Wettbewerb um die besten Studierenden hervorragend aufgestellt.

Forschung

Auch in der Forschung wird die Fakultät ihre Aktivitäten ausbauen. Schwerpunkte sind dabei weiterhin die für die grundständige Ausbildung zentralen Gebiete des Privatrechts, des Öffentlichen Rechts und des Strafrechts sowie die für die Profilbildung der Fakultät wesentlichen Bereiche des Wirtschaftsrechts, des Internationalen und Europäischen Rechts, des Parteienrechts und des Medizinrechts. Juristische Forschung findet traditionell vor allem als Einzelforschung an den Lehrstühlen statt. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Institute und Zentren der Fakultät erscheint für die Zukunft aber eine stärkere Bündelung von Forschungsprojekten denkbar. Dem Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung wird in dieser Hinsicht schon jetzt ein großes Entwicklungspotenzial bescheinigt. Ein entsprechendes Potenzial ist aber auch bei den anderen Instituten vorhanden oder könnte dort zumindest aufgebaut werden. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die knappen personellen Ressourcen an den Instituten zurzeit in erheblichem Umfang durch die Weiterbildungsstudiengänge gebunden sind. Wünschenswert wäre daher eine personelle Aufstockung, die freilich nicht allein durch Drittmittel zu verwirklichen sein dürfte.

wonach die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in der deutschen Juristenausbildung auch dazu beitragen kann, die mit der zunehmenden Zahl von Anwaltszulassungen verbundenen Probleme zu lösen.

⁸ Zu den wichtigsten Einwänden Dauner-Lieb (2006: 5ff.); Huber (2007: 188ff.); Pfeiffer (2005: 2281ff.); Schlehofer (2006: 369ff.).

⁹ Vgl. DJFT 2008/I, abrufbar unter <http://www.djft.de/> (29.08.08).

¹⁰ Vgl. DJFT 2008/I, abrufbar unter <http://www.djft.de/> (29.08.08).

¹¹ Kritisch insoweit zu Recht Huber (2007: 189).

¹² In diesem Sinne auch Huber (2007: 190).

Literatur

- DAUNER-LIEB, Barbara (2006). „Der Bologna-Prozess – endgültig kein Thema für die Juristenausbildung?“, *Anwaltsblatt*, 5–9.
- DIETLEIN, Johannes (2007). „Die Düsseldorf Law School – Innovation im Zeichen des Hochschulfreiheitsgesetzes“, in: Alfons LABISCH (Hrsg.). *Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2006/2007*. Düsseldorf, 413–417.
- FEUERBORN, Andreas (2006). „Der integrierte deutsch-französische Studiengang der Juristischen Fakultäten der Université de Cergy-Pontoise und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf“, in: Alfons LABISCH (Hrsg.). *Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2005/2006*. Düsseldorf, 379–386.
- HUBER, Peter M. (2007). „Zwischen Konsolidierung und Dauerreform – Das Drama der deutschen Juristenausbildung“, *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 188–190.
- LOOSCHELDERS, Dirk und Lothar MICHAEL (2007). „Zur Gründung eines Instituts für Versicherungsrecht“, in: Alfons LABISCH (Hrsg.). *Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2006/2007*. Düsseldorf, 437–442.
- LORZ, Ralph Alexander und Rainer WINKLER (2007). „Das Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik – Ein unabhängiges interdisziplinäres Forum an der Heinrich-Heine-Universität“, in: Alfons LABISCH (Hrsg.). *Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2006/2007*. Düsseldorf, 505–512.
- OLZEN, Dirk (2007). „Das Dr. med. Micheline Radzyner-Institut für Rechtsfragen der Medizin“, in: Alfons LABISCH (Hrsg.). *Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2006/2007*. Düsseldorf, 419–420.
- PFEIFFER, Thomas (2005). „Wird der Juristenausbildung der Bologna-Prozess gemacht?“, *Neue Juristische Wochenschrift*, 2281–2283.
- SCHLEHOFER, Horst (2005). „Zehn Jahre Juristische Fakultät – Rückblick und Ausblick“, in: Alfons LABISCH (Hrsg.). *Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2004*. Düsseldorf, 397–403.
- SCHLEHOFER, Horst (2006). „Das Bachelor-Master-System – ein Modell für die Juristenausbildung?“, in: Alfons LABISCH (Hrsg.). *Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2005/2006*. Düsseldorf, 369–377.